

Die „Tribüne“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags ...

Die achtgrößten Nonpareil-Briefe oder deren Raum kostet 5.- M. einschließlich ...

TRIBÜNE Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Teilungspläne für Oberschlesien

Schwierige Entscheidung

Es spricht alles dafür, daß die gestern durch die Agentur Radio verbreitete Meldung, wonach die endgültigen Beschlüsse in bezug auf den größten Teil Oberschlesiens bereits gefaßt worden seien, von der französischen Regierung veranlaßt worden ist.

Gegen die Neutralisierung eines Teiles von Oberschlesien und zwar des wichtigsten, nämlich des eigentlichen Industriegebiets, werden sowohl von der französischen wie von der englischen Presse Bedenken erhoben.

Von größerer Bedeutung als dieses Hin und Her von Meldungen und Berichten ist, was der Berichterstatter des „Manchester Guardian“ in Paris von angeblich hervorragender, vollkommen zuverlässiger Seite erfahren haben will:

Danach habe umgekehrt vor einer Woche Briand einem Vertreter der polnischen Regierung in Paris mitgeteilt, daß, wenn Frankreich die polenfreundliche Politik verfolgen, es isoliert sein werde.

Schwächt hätten. Frankreich sei tatsächlich nicht in der Lage, in Oberschlesien eine antienglische Politik zu treiben. Es könne es sich nicht leisten, Polens wegen einen Bruch mit England zu riskieren.

Diese Meldung des englischen Blattes hat insofern große Wahrscheinlichkeit für sich, als es sich bei der oberschlesischen Frage in der Tat um ein Teil des weltpolitischen Komplexes handelt, an dem in Europa und im nahen Orient England, Frankreich und Italien, in der übrigen Welt auch die Vereinigten Staaten und Japan beteiligt sind.

Es stellt sich mit immer größerer Deutlichkeit heraus, welchen schweren Fehler die deutsche ebenso wie die polnische Regierung begangen, als beide auf die Entscheidung der Alliierten gewartet und nicht den Versuch unternommen haben, eine Verständigung über Oberschlesien herbeizuführen.

Ankläger Cail্লাux

II.

Cail্লাux hat übrigens nicht bis 1917 gewartet mit seinem Bestreben nach dem Verständigungsfrieden. Schon 1914 nach der Marne-Schlacht hielt er die Stunde für gekommen, dem Völkermorden ein Ende zu bereiten.

Die Geldopfer waren unbedeutend, die — ohne Frage schmerzlichen — Menschenverluste noch äußerst geringfügig. Wäre 1915 der Friede gekommen, so wäre es für die Zentralmächte allerdings nicht der Heftersfriede geworden, der 1918 Platz griff.

Und Cail্লাux zeigt dann weiter, wie in dieser Lage die Stellung Frankreichs gestärkt, wie der preußische Militarismus noch schneller in sich hätte zusammenbrechen müssen vor der demokratischen Hochflut, die seine Weigerung entsetzt hätte.

Diese Gedanken Cail্লাux haben die Logik und den gesunden Menschenverstand ebenso wie das wahre Interesse Frankreichs und der Menschheit für sich. Natürlich sind sie deswegen von den Nationalisten und Reaktionären, die in Frankreich nicht minder dumm und bössartig sind als in Deutschland, aufs grimmigste bekämpft und verzerrt worden.

„Ich hatte im Jahre 1911 den Weltkrieg abgewendet. Wenn ich in der Nacht blieb, insbesondere, wenn ich die Führung übernahm, wie es nach den Wahlen vom Mai 1914 vorauszu-sehen war, so konnte ich meine Politik fortsetzen, die auftauchenden internationalen Schwierigkeiten lösen, zusammensetzen, verhandeln, Zeit gewinnen — und die Kriegspartei wachte nur zu gut, daß die Zeit gegen sie arbeitete.“

Das Auswärtige Amt hat an die Presse folgende Mitteilung erlassen: Der Vorsitzende des Ministerrats hat den Alliierten vorgeschlagen, auf die Tagesordnung des Obersten Rates unter die Hauptpunkte auch die Frage zu stellen, ob die Alliierten zusammen mit den Vereinigten Staaten an Maßnahmen zur Lebensmittelbeschaffung für Rußland teilnehmen können.

Die Rückendeckung für Lloyd Georges

London, 5. August.

Wie der „Daily Telegraph“ berichtet, ist die Politik, für die Lloyd George in der bevorstehenden Pariser Konferenz des Obersten Rates bezüglich Oberschlesiens eintreten wird, von der Konferenz der Premierminister des britischen Reiches gebilligt worden.

In einer in Carnarvon gehaltenen Rede drückte Lloyd George die Hoffnung aus, daß auf der Konferenz des Obersten Rates ein Einvernehmen erzielt werde.

Noch kein Ergebnis der Sachverständigen

Paris, 5. August.

Vertinax beschäftigt heute im „Echo de Paris“ von neuem, daß der Sachverständigenausschuß in der oberschlesischen Grenzfrage noch zu keinem Ergebnis gekommen sei.

Die letzte Sitzung der Reichskonferenz

London, 5. August.

Heute findet, wie mitgeteilt wird, die letzte Sitzung der britischen Reichskonferenz statt. Lloyd George wird wahrscheinlich zugegen sein.

Der politische Mitarbeiter des „Daily Chronicle“ schreibt, die Konferenz habe die konstitutionelle Stellung der verschiedenen Teile des Britischen Reiches hinsichtlich der Beratung der Krone in den Fragen der auswärtigen Politik festgestellt.

Außerdem sei, wie der politische Mitarbeiter des „Daily Chronicle“ berichtet, beschlossen worden, daß die Notwendigkeit eines Zusammenarbeitens mit den Vereinigten Staaten in Angelegenheiten der Welt der erste Grundgedanke der britischen Politik sein müsse.

Rüstungen zur See und des englisch-japanischen Bündnisses seien daher bis nach der bevorstehenden Konferenz in Washington verschoben worden.

Die deutschen Viehlieferungen

Paris, 4. August.

In einer Note der Reparationskommission wird bekanntgegeben, daß in den nächsten 6 Monaten auf Grund des Anhangs 4, Teil 8, des Friedensvertrages von Deutschland folgende Viehlieferungen ausgeführt werden müssen: Pferde 29 400, Schafe 130 000, Hornvieh 175 000 Stück.

Die Hilfsaktion für Rußland

III. Genf, 5. August.

Die Tschechoslowakei hat gestern bei Gustav Ador und dem Roten Kreuz Schritte unternommen, damit eine Hilfsaktion für Rußland organisiert wird.

III. Paris, 5. August.

Das Auswärtige Amt hat an die Presse folgende Mitteilung erlassen: Der Vorsitzende des Ministerrats hat den Alliierten vorgeschlagen, auf die Tagesordnung des Obersten Rates unter die Hauptpunkte auch die Frage zu stellen, ob die Alliierten zusammen mit den Vereinigten Staaten an Maßnahmen zur Lebensmittelbeschaffung für Rußland teilnehmen können.

Die Reaktion in Jugoslawien

Beograd, 4. August.

Bei Schluß der Sitzung der gesetzgebenden Versammlung, in der die Aufhebung der Parlamentsimmunität von 58 kommunistischen Abgeordneten beschlossen wurde, verhaftete die Belgrader Polizei die Mitglieder des Exekutiv-ausschusses der kommunistischen Partei.





